

sei, die alte DDR war jedenfalls nicht die Alternative und keine solidarische Gesellschaft, sondern eine Spitzelgesellschaft.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Und nach 40 Jahren Verunsicherung durch den „Staatsunsicherheitsdienst“ sitzt uns allen das allgemeine Mißtrauen noch viel zu tief in den Knochen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Das sagen auch Beobachter. Aber bitte, es kann doch jetzt anders werden. Es kann jetzt in einer Situation, in der tatsächlich alle mit vielen Unwegbarkeiten zu rechnen haben, der Versuch gemacht werden, sich solidarischer zu verhalten, als es in anderen Ländern und Gelegenheiten und Zeiten üblich ist. Wir haben hier die Chance, für unerwartete Probleme unkonventionelle Lösungen zu suchen und dadurch einen kooperativen Geist zu zeigen, durch den wir vielleicht auch in das vereinigte Deutschland einen neuen Akzent einbringen.

Der jetzige Vertragsentwurf ist kein Diktat aus Bonn, oder soll ich sagen: keines aus Bonn mehr. Der erste Entwurf war für uns nicht akzeptabel. Jeder kann durch einen Textvergleich feststellen - die Zeitungen haben ja die Texte geliefert -, daß die jetzige Fassung erheblich von der ersten Fassung abweicht. Alle Textänderungen gehen zu unseren Gunsten, und ich bitte jeden, der sich das zutraut, den Gegenbeweis anzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Das verdanken wir dem Verhandlungsgeschick unserer Regierung. Die Koalitionsparteien sind sich einig im Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, aber vielleicht darf man den Unterschied so formulieren: Während die CDU für die soziale Marktwirtschaft ist, sind wir für die **soziale** Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns deshalb bei diesem Staatsvertrag besonders um die Ausgestaltung der Sozialunion bemüht. Es ist durch Textänderungen im Vertragstext an folgenden Stellen Erfolg zu melden: Für unsere Rentner ist ein Vertrauensschutz erreicht worden, der ihre Ansprüche auch dort sichert, wo der neue Berechnungsmodus zu Renten geführt hätte, die unter ihren bisherigen liegen. Es ist eine Textänderung zustande gekommen, die so etwas wie eine Mindestsicherung garantiert - es ist bekannt, 495 DM sollen es sein -, die nicht Sozialhilfekarakter mit entwürdigenden Antragstellungen hat.

Es ist drittens dazugekommen, daß es für dieses Jahr einen Zuschuß für Niedriglohnempfänger zur Rentenversicherung gibt, und es ist gebessert worden: Unfallversicherungsbeiträge werden allein vom Arbeitgeber bezahlt und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, halbe-halbe.

Es wird uns Sozialdemokraten von hier und da vorgehalten, wir hätten zu wenig in diesem Verhandlungsmarathon erreicht. Wir müssen diesen Vorwurf zurückweisen. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik, an die wir uns hier angleichen, ist ja selbst Resultat eines 40jährigen Ringens um den Ausgleich verschiedener Interessen. Sozialdemokratische Forderungen sind in diese Ordnung längst mit eingegangen.

Wir haben uns mit Erfolg darum bemüht, daß bei der Übernahme bundesdeutscher Ordnungen dieser speziell sozialdemokratische Anteil nicht draußen verbleibt.

Gewiß ist die Rechtsordnung und die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik verbesserungsfähig. Es ist aber auch nicht aller Tage Abend, und es wird auch nach der Vereinigung ein Parlament und Stoff für seine Arbeit geben.

Dieser Staatsvertrag jedenfalls gibt uns eine reelle Chance, das bevorstehende, zugegebenermaßen gewagte Experiment zu bestehen. Es wird nicht einfach, aber möglich sein.

Wir stimmen dem Vertrag zu.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter Schröder, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Schröder, SPD: Immer.)

**Schulz (Bündnis 90/Grüne):**

Ich bedanke mich für Ihre fortwährende Bereitschaft, Zwischenfragen zu beantworten. Herr Schröder, da Sie das Copyright der Sozialdemokraten für diesen Staatsvertrag in Anspruch nehmen und auch die Verbesserung für diesen Staatsvertrag in Anspruch nehmen: Ist Ihnen bewußt, daß in der Anlage 1, Artikel 7, ein schwerwiegender finanztechnischer Fehler enthalten ist, indem die Kredite auf der einen Seite stark abgewertet werden, 2 :1, was sicherlich viele Eigenheimbauer in diesem Land erfreuen wird, da sie bevorteilt werden, aber andererseits durch DM-Eröffnungsbilanz und die Kapitalneubewertung nach Inkrafttreten dieses Staatsvertrags viele Betriebe, die Produktionsmittel über Investitionskredite beschafft haben, dadurch zusätzlich in den Konkurs getrieben werden? Ist Ihnen das bewußt?

**Schröder (SPD):**

Ich bestreite, daß ich das Copyright für den Staatsvertrag b" anspruche habe. Das würde heißen, daß der Text von u<sup>^</sup> stammt. Solchen Unfug habe ich nicht gesagt und werde ich auch nicht behaupten. Dieses Problem, daß Sie ansprechen, ist mir bewußt. Ich kenne Antworten der Finanzfachleute, zu denen ich nicht gehöre, und ich bitte Sie, sich in diesem Detail an dieselben zu wenden.

(Beifall - Zuruf von der PDS:  
100 Milliarden!)

**Demloff (PDS):**

Gestatten Sie noch eine Frage ? Das ist aber nett von Ihnen! Sie sagten: Im Staatsvertrag sind alle Vorteile für die Bürger der DDR. Habe ich Sie da recht verstanden?

**Schröder (SPD):**

Nein, da haben Sie mich falsch verstanden. Das sind nicht meine Worte gewesen. Das werden Sie im Protokoll feststellen können.

(Demloff, PDS: Könnten Sie bitte noch einmal genau formulieren?)

Nein, ich habe mein Manuskript nicht hier, ich müßte es extra holen. Sie können es im Protokoll dann nachlesen, was ich gesagt habe.

(Schwacher Beifall)

**Dr. Kamm (CDU/DA):**

Herr Schröder, sind sie mit mir einer Meinung, daß es keine Widersprüche bei der Beschreibung der sozialen Leistungen in der Form, wie wir sie im Vertrag formuliert haben, innerhalb der Koalitionsparteien gibt?

**Schröder (SPD):**

Jawohl, ich kann sagen, daß in diesem Punkt schließlich ein Verhandlungsergebnis erzielt worden ist, das von allen getragen worden ist. Wir nehmen nur für uns in Anspruch, daß wir besonders geschoben haben,

(Heiterkeit vor allem bei CDU/DA)

daß wir gemeinsam, die Seite DDR, hier stark in Bonn auftritt.

(Beifall vor allem bei der SPD)